

13 FORDERUNGEN ☆

OFFENBURG (BZ). Am 12. September 1847 verabschiedeten die "Entschiedenen Freunde der Verfassung" im Salmen die "13 Forderungen des Volkes". Sie wurden zu einer der Grundlagen aller demokratischen Verfassungen in Deutschland. Auf ihrer Basis wurden am Samstag die "13 Forderungen des Volkes am Oberrhein" bekannt gegeben:

1. Wir fordern für das Jahrhundertprojekt "3. und 4. Gleis am Oberrhein" als obersten Planungsgrundsatz die Achtung der Menschenwürde und den Schutz der Umwelt.
2. Wir fordern eine rechtzeitige Einbeziehung der Bevölkerung in Planungsentscheidungen, die für Generationen unser Leben bestimmen. Die Deutsche Bahn AG muss Neubaustrecken als eine Gesamtplanung vorlegen. Sie darf nicht durch "Zerstückelung" der Strecke einzelne Kommunen vor unabänderliche Planungstatsachen stellen.
3. Wir fordern die Bahn auf, der Bevölkerung realitätsgerechte Informationen über künftige Zugzahlen und den Transport von Gefahrgütern zu geben.
4. Wir fordern die politisch Verantwortlichen (...) auf, umgehend Gesetze auf dem Stand heutiger Lärmwirkungsforschung zu verabschieden. Dabei sind die europäische Gesetzgebung und die Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation zu berücksichtigen.
5. Wir fordern vom Gesetzgeber die umgehende Abschaffung von Bahnprivilegien wie den "Schienenlärmbonus" und die Verpflichtung der Bahn zu einer zeitgemäßen lärmarmen Ausstattung der Züge. Der bisher gesetzlich erlaubte Güterzuglärm macht nachweislich krank.
6. Wir fordern die sachgemäße Verwendung von Steuermitteln für die vorgesehenen Zwecke, damit nicht Steuergelder in Milliardenhöhe z. B. für Straßenbau statt für Schienenprojekte verwendet werden.
7. Wir fordern lärmarme Spiel- und Lernorte für Kinder und Jugendliche, damit diese nicht durch Güterzuglärm in ihrer Lern- und Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werden.
8. Wir fordern eine Vermeidung des Güterzugverkehrs mitten durch Wohngebiete — zum Schutz unserer Gesundheit, zur Erhaltung von Häusern und gewachsenen Nachbarschaftsstrukturen und zur Verhinderung von "Käfighaltung für Menschen" .
9. Wir fordern eine Trassenführung, die Wertminderung von Gebäuden der Strecke entlang und Abwanderung aus den betroffenen Wohngebieten verhindert. (...)
10. Wir fordern den Schutz unserer Kulturlandschaft in ihrem Erholungs- und Ertragswert. (...)
11. Wir fordern besonders das Regierungspräsidium auf, als Anwalt der Region entschieden für die Interessen der Bevölkerung einzutreten.

12. Wir fordern, dass die künftigen Gewinne der europäischen Güterzugmagistrale (...) auch für die Finanzierung des Abschnitts am Oberrhein verwendet werden. Die hier lebenden Menschen müssen die Gewinner sein, nicht nur die Bahnaktionäre.

13. Wir fordern die Verwirklichung des Jahrhundertbauwerks am Oberrhein als ein menschenfreundliches und umweltgerechtes Projekt — als ermutigendes Beispiel eines demokratisch geprägten Bürgersinns für künftige Generationen.